

## **Katrin Kunert, kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag**

**Hannover 27.08.11**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der Kommunalpolitik, werte Gäste,

vor ziemlich genau 6 Jahren haben wir hier in Hannover die Endfassung der kommunalpolitischen Leitlinien der Linkspartei.PDS abschließend beraten, damals noch im Rathaus und wir haben das damals unter Einbeziehung der aktiven Mitglieder der WASG getan, um sie dann dem Bundesparteitag zur Beschlussfassung weiterzuleiten und beschließen zu lassen.

In der Debatte in Vorbereitung auf die Beschlussfassung waren folgende Inhalte maßgeblich:

- Bürgerhaushalte in den Kommunen umsetzen,
- Kommunales Eigentum ist Unterpfand für soziale Leistungen,
- Wir müssen der Entpolitisierung der Arbeit in den Kommunalparlamenten entgegenwirken,
- Die Kommunen im föderalen System stärken
- Mit Kommunalpolitik haben wir ein Pfund in den Parteibildungsprozess mit der WASG einzubringen

Das sind Themen, wie ihr nachher feststellen werdet, die auch heute auf unserer Konferenz eine Rolle spielen und erneut beraten werden.

Die Kommunalpolitischen Leitlinien sollen fortgeschrieben werden, weil sich die Rahmenbedingungen eklatant verändert haben. Es hat Gemeinde- und Kreisgebietsreformen gegeben, die Finanzausstattung der Kommunen geht gerade den Bach runter und das Kommunalrecht wurde in etlichen Ländern zum Teil neu gefasst.

Es wird erforderlich sein, dass wir über die Dinge reden, die zu verändern sind. Das wird auch Bestandteil der Erklärung sein, die durch diese Konferenz verabschiedet werden soll. Es geht darum, wie kann man kommunales Verfassungsrecht neu beschließen, um die Verantwortung der Kommunen zu erhöhen, wie kommen wir zu einer bedarfsgerechten Finanzierung der Kommunen und wie muss kommunales Wirtschaftsrecht so reformiert werden, dass sich Kommunen im Interesse der Aufgaben der Daseinsvorsorge gleichberechtigt wirtschaftlich betätigen können.

Und egal, wie wir die derzeitigen Rahmenbedingungen einschätzen und sie verändern wollen und egal wie wir für zukunftsfähige Kommunen umsteuern wollen, zwei Grundsätze der Kommunalpolitischen Leitlinien aus dem Jahre 2005 müssen weiterhin Bestand haben, schließlich machen sie linke Kommunalpolitik aus.

Zum einen ist das die Demokratisierung von unten, wir wollen Bürgerinnen und Bürger so früh wie möglich in Entscheidungen einbeziehen.

Und zum anderen müssen alle unsere Entscheidungen in den kommunalen Gremien der Prüfung standhalten, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig ihrer sozialen Stellung Leistungen vor Ort in Anspruch nehmen können.

In der Einladung zum heutigen Kommunalkongress steht ein Satz, den ich noch einmal zitieren möchte: „Es ist an der Zeit, dass die Kommunen in der Bundesrepublik und linke Kommunalpolitik in der LINKEN einen höheren Stellenwert erhalten.“

Ja, der höhere Stellenwert der Kommune in der Bundesrepublik ist eine völlig richtige und längst überfällige Forderung. Darum kämpfen wir seit Jahren auch im Deutschen Bundestag. Wir haben eine sehr starke AG Kommunalpolitik. Wir haben in der Ausstellung im Foyer aufgezeigt, was wir bisher an Arbeit geleistet haben. So haben wir zum Beispiel erreicht, dass es jetzt im Bundestag einen Unterausschuss Kommunales gibt. Wir wollten einen Kommunalausschuss, herausgekommen ist ein Unterausschuss als kleinster gemeinsamer Nenner aller Fraktionen im Bundestag.

Die Arbeit der LINKEN im Bundestag ist das Eine. Das Andere, was mir auch wichtig ist, und dass will ich hier unterstreichen, ist, wie können wir in der Gesamtpartei durchsetzen, dass die Kommunalpolitik wichtig ist, wenn in unserer Partei meistens nur die Kommunalen für Kommunales zuständig sind? Dieser Frage müssen wir uns stellen.

Es gibt einen Parteivorstandsbeschluss indem es u.a. heißt: „Die kommunalpolitischen Leitlinien werden im Rahmen der Programmdebatte fortgeschrieben und aktualisiert.“ Im ersten Programmentwurf spielte die Kommunalpolitik aber nur eine unterbelichtete Rolle. Es kostete einige Kraft, um hier etwas zu ändern.

Ich spitze einmal zu, wenn es heißt, „die Kommunalpolitik ist das Herzstück der Partei“, warum wurde nicht ein Parteiprogramm vorgeschlagen, welches die Kommune in den Mittelpunkt stellt?

Warum packen wir nicht die Dinge, die wir als LINKE voranbringen wollen, um die Kommune herum, hier leben die Menschen, hier schmieden sie ihre Zukunftspläne, hier erleben sie die Widersprüche von Politik und hier erfahren sie die vielen, vielen Auswirkungen alldessen, was in Berlin oder in den Landtagen beschlossen wird.

Das ist sicher eine sehr provokante Frage, aber ich denke, dieser Frage sollten wir uns stellen.

Ich sage dies deshalb, weil wir 2005 mit der Verabschiedung der kommunalpolitischen Leitlinien die Hoffnung verbunden haben, dass wir die Kommunalpolitik im Parteibildungsprozess mit der WASG - ein wenig besser hervor stellen können.

Oft werden Genossinnen und Genossen in allen möglichen Gremien in Strömungen eingeteilt, so unter dem Motto: sag mir wo Du stehst und ich sage Dir, wie Du bist.

Wir, sind über 6.000 kommunale MandatsträgerInnen, BürgermeisterInnen, OberbürgermeisterInnen, LandrätInnen und Wahlbeamtinnen. Und eigentlich sind wir doch die größte Strömung. Es sollte uns doch gelingen, dieses Gewicht in die Partei zu tragen! Also warum machen wir nichts daraus, dann werden auch alle strömungspolitischen Debatten in dieser Partei beendet.

Dazu gehört aber auch, dass wenn wir Konferenzen vorbereiten und Akteure sich bereit erklären, ins Podium zu gehen oder Workshops zu leiten oder das Abschlusspodium zu bestreiten, dass es dann heißt, diese Konferenz ist aber ostlastig. Von den 6.000 kommunalen MandatsträgerInnen, BürgermeisterInnen, OberbürgermeisterInnen, LandrätInnen und Wahlbeamtinnen ist ein sehr großer Teil im Osten tätig und sie haben sehr viele Erfahrungen gemacht und können sie im Interesse aller einbringen. Nicht unter dem Motto „Wir wollen Euch die Welt erklären, sondern sie wollen ihre Beispiele vortragen, und dass wir dann diskutieren können, was kann man denn für die anderen Kommunen entwickeln.

Das wäre auch eine Bitte, dass wir aufhören, zu zählen, wie viele westdeutsche GenossInnen und wie viele ostdeutsche GenossInnen einen aktiven Part auf einer Veranstaltung wie z.B. heute übernehmen! Wenn wir das künftig beiseite stellen, haben wir vielmehr Freude am gemeinsamen Streiten um neue Strategien.

Das wäre dann schon einmal ein Beitrag dass wir zeigen, wir sind eine Partei und wir wollen über Kommunalpolitik die Menschen im Land erreichen.

Unsere Konferenz heute soll dazu dienen, dass wir über die Rahmenbedingungen reden, wie wir sie verändern können. Es werden eine Reihe von guten Beispielen heute vorgestellt, die zur Diskussion stehen. Das heißt: niemand erzählt uns wie die Welt auszusehen hat, sondern konkrete Erfahrungen werden vorgestellt. Und wir wollen diskutieren, welche konkreten Anforderungen sich daraus an Landes- und Bundespolitik ergeben.

Eine Reihe von guten Beispielen sind in der Ausstellung im Foyer bereits zu sehen. Ich möchte an dieser Stelle ein weiteres Beispiel nennen.

Energiewende kann nur gelingen, wenn erneuerbare Energien von unten entwickelt werden. Als es in unserem Landkreis darum ging, ein Kohlekraftwerk zu verhindern, haben wir als Kreistagsfraktion gesagt, wir wollen nicht immer nur sagen, „wir sind dagegen“, sondern wir müssen auch sagen, was wir denn stattdessen entwickeln wollen. So haben wir als Fraktion eine Studie in Auftrag gegeben, wie in unserer Region erneuerbare Energien entwickelt

werden könnten. Und weil wir jetzt vor dem Hintergrund des Atomausstiegs das jetzt weiterentwickeln wollen, haben wir uns überlegt, wir entwickeln einen Energiebauplan-Altmark. Wir machen noch einmal eine Bestandsaufnahme, was haben wir an erneuerbaren Energien in der Region, und dann wollen wir mit Bürgerinnen und Bürger in Kontakt treten, d.h. macht aus Eurer Sicht Vorschläge, was ist Euch wichtig. Dann soll anhand von Interviews verdichtet werden, was gibt es, was kann weiterentwickelt werden, welche Akteure beziehen wir ein. Und dann wollen wir diese Dinge, die wir erarbeitet haben, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürger verbindlich gestalten. D.h. wir wollen durch beide Kreistage diesen Energiebauplan Altmark beschließen lassen.

Sicher stehen wir hier erst am Anfang und ich kann euch nur berichten, was wir vorhaben, aber das wäre etwas, was man auch in anderen Regionen entwickeln kann. Von daher ist es wichtig, dass wir immer davon partizipieren, was haben andere schon erreicht und wie haben sie es erreicht.

In den Workshops soll anhand positiver Erfahrungen und Beispiele linker Kommunalpolitik darüber diskutiert werden, wie Gestaltungsspielräume in den Kommunen für linke Kommunalpolitik genutzt werden können, um alternative Projekte umzusetzen.

Aber immer, das ist meine Bitte, aber auch eine Notwendigkeit, müssen sich wie einer roter Faden die beiden Grundsätze „BürgerInnenbeteiligung und soziale Gerechtigkeit“ durch alle Workshops durchziehen. Dann bleiben wir linker Kommunalpolitik auch treu.

In der abschließenden Podiumsrunde gibt es die Möglichkeit zu sagen, was muss auf Bundes- und Landesebene getan werden, welche Erwartungen und Anforderungen haben wir als Kommunalpolitikerinnen an die Partei Die LINKE.

Diskutiert werden soll auch, wie machen wir gute Beispiele linker Kommunalpolitik innerhalb und außerhalb der Partei so bekannt, dass die Bürgerinnen und Bürger motiviert werden, uns zu wählen,

und wie unsere eigenen kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger motiviert werden, gute Beispiele ebenfalls umsetzen.

Ich verbinde mit der Konferenz die Hoffnung, dass wir inhaltlich weiterkommen, damit die kommunalpolitischen Leitlinien weiterentwickelt und zu Leitlinien der ganzen Partei werden. Dass wir es schaffen, dass die kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zeigen, dass was wir eigentlich in der Vergangenheit in der Partei immer geschafft haben, wenn es in der Partei mal gekriselt hat, wir machen unser Arbeit vor Ort, wir sind für die Menschen erkennbar, wir sind das Gesicht der Partei.